

Beilage 1514/2008 zum kurzschriftlichen Bericht des Öö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten

betreffend die Einführung eines Qualifizierungszuschlags für
Schulungsteilnehmerinnen und Schulungsteilnehmer

Gemäß § 26 Abs. 6 LGO wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Öö. Landtag möge beschließen:

Die Öö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für die Einführung eines Qualifizierungszuschlags für Schulungsteilnehmerinnen und -teilnehmer einzusetzen, die an einer vom Arbeitsmarktservice geförderten Ausbildung teilnehmen, die länger als drei Monate dauert. Bei der Höhe dieses Qualifizierungszuschlags soll auf die Dauer der Ausbildung Bedacht genommen werden.

Begründung

Die Deckung des Lebensunterhalts von TeilnehmerInnen an Vollzeit-Bildungsangeboten erfolgt durch das Arbeitsmarktservice derzeit in Höhe des Arbeitslosengeldes (rund 55 Prozent des letzten Nettobezugs). Die Aussicht, mit diesen Beträgen länger dauernde Ausbildungen finanziell durchhalten zu können, wird für potenzielle SchulungsteilnehmerInnen mit eigenständiger Haushaltsführung (eventuell ohne PartnerInneneinkommen) zunehmend zum Problem. Das bedeutet, dass aufgrund dieser finanziell engen Rahmenbedingungen Kurse abgebrochen oder Ausbildungsangebote erst gar nicht angenommen und schneller verfügbare, oft aber minder qualifizierte und schlechter entlohnte Tätigkeiten angenommen werden.

Das arbeitsmarktpolitisch gewünschte Ziel, mittels länger dauernder Bildungsangebote einerseits Arbeitslose nachhaltig zu qualifizieren und diese so am Arbeitsmarkt konkurrenzfähiger zu machen und andererseits die Wirtschaft mit Fachkräften zu bedienen, lässt sich aufgrund der schmalen Individualversorgung für TeilnehmerInnen schwieriger erreichen. Diesem Umstand könnte mit der Einführung eines Qualifizierungszuschlags, der die Ausbildungsdauer berücksichtigt und der aufgrund der ohnehin knappen AMS-Mittel für Ausbildungen durch zusätzliche Budgetmittel seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit zu finanzieren wäre, abgeholfen werden.

Linz, am 5. Mai 2008

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Schenner, Peutlberger-Naderer, Makor-Winkelbauer, Lindinger,
Frais, Affenzeller, Mühlböck, Schmidt, Kapeller, Lischka, Kraler,
Pilsner, Chansri, Weichsler, Bauer, Jahn**

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Strugl

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz

